

EU-Gipfel in Dublin:

# „Stabilitätspakt für Europa“ durchgesetzt

Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesfinanzminister Theo Waigel haben den Stabilitätspakt für die künftige Euro-Währung durchgesetzt. Das ist das wichtigste Ergebnis des Dubliner EU-Gipfels am 13. und 14. Dezember 1996.

Theo Waigel sagte vor der Presse, die Einigung sei ein klares Zeichen dafür, daß der Euro eine harte Währung werde. Bundeskanzler Helmut Kohl und der französische Staatspräsident Jacques Chirac würdigten die Einigung auf den Stabilitätspakt als ein Erfolg der deutsch-französischen Zusammenarbeit.

## Vertrag für dauerhafte Stabilität

In dem „Stabilitätspakt für Europa“ werden die Bestimmungen des Maastrichter Vertrages für die dauerhafte Stabilität der künftigen Euro-Währung präzisiert. Der Maastrichter Vertrag braucht hierfür nicht geändert zu werden, vielmehr wird der Stabilitätspakt eine rechtlich verbindliche Durchführungsvereinbarung sein. Die wichtigsten Punkte des Stabilitätspaktes sind:

- Die Wachstumsraten der Staatsausgaben werden möglichst unter dem Zuwachs des nominalen Brutto-sozialprodukts gehalten.
- Beim öffentlichen Defizit darf die 3%-Grenze von Maastricht auch in wirtschaftlich ungünstigen Perioden nicht überschritten werden. Ab 1999 soll das

*Fortsetzung auf Seite 2*

## HEUTE AKTUELL

### ● Bürgerrechtler

Ich will dazu beitragen, daß die SED-Nachfolgepartei keine Macht mehr bekommt. Aus dem Brief von Vera Lengsfeld vom 16. Dezember. Seite 7

### ● SED-Nachfolgepartei

Wolf im Schafspelz. Die PDS und ihre Strategie. Von Fritz Hähle. Seite 10

### ● Bundesparteigericht

Konstituierung in Bonn. Die Mitglieder. Würdigung der Arbeit von Heinrich Barth. Seite 24

### ● Dokumentation

Das gemeinsame Ziel unserer Anstrengungen: Arbeitsplätze schaffen, Lohnnebenkosten senken, Staatsquote verringern. Rede von Hans-Peter Repnik im Deutschen Bundestag. Grüner Teil.

### ● UiD Extra

Polarisierung und Zuspitzung haben den OB-Sessel in Stuttgart gesichert. Christoph-E. Palmer über einen exemplarischen Kommunalwahlkampf. Innenteil

## Fortsetzung von Seite 1

Budget in wirtschaftlichen Normallagen ausgeglichen sein oder einen Überschuß aufweisen. Damit soll ein notwendiger Sicherheitsabstand geschaffen werden, damit die 3%-Grenze auch in ungünstigen Zeiten eingehalten werden kann. Ausnahmen bei der 3%-Obergrenze soll es nur bei unbeeinflussbaren Ereignissen (z.B. Naturkatastrophen) oder im Falle einer schweren Rezession geben. Eine schwere Rezession liegt vor, wenn das Bruttoinlandsprodukt im Jahresvergleich um mindestens zwei Prozent gesunken ist. Beim Absinken des Inlandsprodukts zwischen 0,75% und 2% können bei besonderer Begründung Ausnahmen bei der Verhängung von Sanktionen zugelassen werden.

- Ein Staat, der die 3%-Grenze ohne das Vorliegen einer Ausnahmesituation überschreitet, muß eine unverzinsliche Stabilitätseinlage bei der Europäischen Zentralbank hinterlegen. Die Höhe dieser Einlage beläuft sich je nach Höhe der Defizitüberschreitung zwischen 0,2% und 0,5% des Bruttoinlandsprodukts des jeweiligen Mitgliedstaates.

- Sobald der Referenzwert für das öffentliche Defizit beim betroffenen Mitgliedstaat nicht mehr überschritten wird, wird

die Stabilitätseinlage zurückgezahlt.

- Ist nach zwei Jahren die Obergrenze weiterhin verfehlt, wird die Stabilitätseinlage in eine Geldbuße an die EU-Kasse umgewandelt.

Auf dem EU-Gipfel einigte man sich auch auf den Rechtsrahmen zur Umstellung des ECU auf den Euro und zur Einführung der

**Bundeskanzler  
Helmut Kohl:**  
*Es gibt keine Alternative  
zum vereinten Europa;  
das Haus Europa wird  
gebaut, jetzt und  
nicht irgendwann.*

europäischen Währung. Festgeschrieben wurden auch die Rahmenbedingungen des Europäischen Währungssystems (EWS II), das das Verhältnis zwischen dem Euro und den Währungen der Staaten festlegt, in denen der Euro noch nicht eingeführt ist. Ferner beriefen die Staats- und Regierungschefs den niederländischen Zentralbankpräsidenten Wim Duisenberg zum Präsidenten des Europäischen Währungsinstituts. Er wird am 1. Juli 1997 sein Amt antreten.



**Ein frohes  
Weihnachts-  
fest und  
ein gutes  
Neues Jahr**

Der nächste UiD erscheint  
am 16. Januar 1997

Bundeskanzler Helmut Kohl:

## Die Währungsunion soll eine auf Dauer angelegte Stabilitätsgemeinschaft sein

*Die europäische Integration ist auch der Schlüssel für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Europa. Wettbewerbsfähigkeit heißt zugleich immer auch: Erhaltung vorhandener und Schaffung neuer Arbeitsplätze. Mit dem Europäischen Binnenmarkt haben wir eine gute Grundlage geschaffen. Das „Europa der 15“ ist schon heute einer der wichtigsten Wirtschaftsräume der Welt.*

*Wir müssen den Binnenmarkt durch die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion ergänzen. Erst mit der einheitlichen Währung wird er seine positiven Wirkungen für Wachstum und Arbeitsplätze voll entfalten können. Wir wollen daher, und zwar ohne Wenn und Aber, die Wirtschafts- und Währungsunion zum vorgesehenen Zeitpunkt verwirklichen, und dies – wie das für uns immer selbstverständlich war – bei strikter Beachtung der festgelegten Konvergenzkriterien. Ich halte zum jetzigen Zeitpunkt alle Spekulationen, welche Länder dabei sein werden oder nicht, für absolut verfrüht. Die Entscheidung hierüber fällt erst im Frühjahr 1998 auf der Basis der dann vorliegenden Ist-Daten für 1997. Das entspricht dem Vertrag. Wir*

*haben guten Grund, uns an den Vertrag zu halten.*

*Natürlich erfordert das Erreichen der Stabilitätskriterien in den meisten Mitgliedsländern noch erhebliche Anstrengungen, auch in Deutschland.*

*Deswegen ist mein Rat an uns alle: Jeder möge vor seiner eigenen Tür kehren und seine Hausaufgaben machen und sich erst dann darüber unterhalten, wie es beim anderen aussieht.*

*Für die zukünftige Entwicklung des Euro, der europäischen Währung, ist es von großer Bedeutung, daß die Stabilitätskriterien dauerhaft erfüllt werden. Denn die Wirtschafts- und Währungsunion soll – das war immer unser Ziel – eine auf Dauer angelegte Stabilitätsgemeinschaft mit einer harten Währung werden. Dies ist auch das Ziel des von Theo Waigel angeregten Stabilitätspakts, der eine breite Zustimmung gefunden hat. Dieser Pakt sichert die notwendige Haushaltsdisziplin auch nach dem Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion.*

**Aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers zu „Aktuellen Fragen der Europapolitik“ am 12. Dezember**

Des weiteren wurde Einigung darüber erzielt, im Kampf gegen Drogenmißbrauch stärker zusammenzuarbeiten, nachdem Frankreich und die Niederlande ihre bis-

herigen Differenzen in dieser Frage beigelegt haben. Ferner hat man sich darauf verständigt, verstärkt gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern und den

Mißbrauch des Informationsnetzes „Internet“ vorzugehen.

Den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit erklärten die EU-Gipfelteilnehmer zur obersten Priorität und zur größten Herausforderung. Es werde aber keine europäischen Beschäftigungsprogramme geben. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit falle weiterhin in erster Linie in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten.

Die Staats- und Regierungschefs billigten zudem den Entwurf der irischen Ratspräsidentschaft für eine Überarbeitung des EU-Vertrags von Maastricht. Die Verhandlungen sollen beim EU-Gipfel in Amsterdam am 16. und 17. Juni 1997 abgeschlossen werden. Die wichtigsten außenpolitischen Erklärungen bezogen sich auf die Situation in Serbien, im Nahen Osten und in Weißrußland.

## Kommentare

### Alle nur denkbaren Voraussetzungen für eine stabile Europawährung sind geschaffen

Die Bonner Regierung hat es nach dreizehnmonatigem zähem Ringen geschafft, die Partner für ein Regelwerk zu gewinnen, das die Teilnehmer der künftigen Währungsunion zu immerwährender Haushaltsdisziplin zwingt. Damit sind jetzt alle nur denkbaren Voraussetzungen für eine stabile Europawährung geschaffen. Bundeskanzler Kohl und sein Finanzminister Waigel brauchen nicht mehr zu fürchten, ein wichtiges Versprechen nicht einlö-

sen zu können; daß der Euro mindestens so stabil sein werde wie die D-Mark. Zweifellos haben die Deutschen ihren Partnern in der EU viel zugemutet. Und nicht von ungefähr kursierte in letzter Zeit das mehr oder weniger deutlich ausgesprochene Wort vom deutschen Diktat. Alles, was im Maastricht-Vertrag über die Währungsunion steht, trug schon die Handschrift der Regierung Kohl, beziehungsweise der Währungshüter bei der Bundesbank.

Deutschlandfunk, 14. Dezember

### Stabilitätspakt macht jedem klar, wo die Grenzen liegen

Es war keine leichte Geburt, aber das Baby ist da – und es sieht nicht ungesund aus. Ohne den hier und heute als klassischen Kompromiß absegneten Stabilitätspakt wäre die gleichzeitige Vorstellung der neuen Euro-Geldscheine reine Marktschreierei geblieben und der Gipfel von Dublin – was immer er auch noch beschließen mag – ohne jeden Höhepunkt und jeden Impuls für Europa in den Annalen der Geschichte versunken. Die Deutschen hatten, seit sie den Stabilitätspakt erfanden, hoch gepokert. Als eindeutige Sieger gehen sie auch in Dublin nicht aus dem Ring. Eine automatische Bestrafung wird es nicht geben. Aber jedem Euro-Mitglied der Zukunft ist jetzt klar, wo die Grenzen liegen. Daß es so kommen und so bleiben soll, das haben sich heute Chirac und Kohl in die Hand versprochen.

ARD, 13. Dezember

**Unsere  
Elektronischen  
Adressen:**

● INTERNET  
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE  
\*CDU#

● X 400  
c= de; a = dbp;  
p = cdu; s = bund

Bundespräsident Roman Herzog:

## Maastricht kein Wahlkampfthema

*Frage: Eine wichtige Etappe auf dem Weg zur weiteren Integration Europas soll die Schaffung einer gemeinschaftlichen, einer gemeinsamen Währung sein. Nun gibt es Leute, die sagen, daß der Euro gar nicht so wichtig sei, daß es kein Unglück sei, wenn die gemeinsame Währung 1999 nicht komme. Was sagen Sie dazu?*

**Roman Herzog:** Zunächst einmal kann ich mir ein geeintes Europa, das ja nicht nur, aber doch in sehr starkem Maße auch eine wirtschaftliche Vereinigung darstellt, auf die Dauer ohne eine einheitliche Währung nicht vorstellen. Das ist das erste. Das zweite ist: Es mag ja sein, daß das Nicht-eintreten der europäischen Währung im richtigen Zeitpunkt für Europa, für die Europäische Einigung nicht das absolute Ende wäre. Aber die wirtschaftlichen, die finanzpolitischen Konsequenzen eines Scheiterns der europäischen Währung im jetzigen Entwicklungszustand noch, die wage ich mir nicht einmal auszumalen. Da entsteht eine weltweite Spekulation gegenüber Europa, gegenüber den europäischen Währungen, da kann ich Neugierige nur warnen.

*Frage: Also muß, also wird die europäische Währung 1999 kommen?*

**Roman Herzog:** Ich bin davon überzeugt.

*Frage: Was wäre, wenn in Deutschland die Einführung des Euro zum Gegenstand des Wahlkampfes würde? Ganz ausgeschlossen ist das ja nicht.*

**Roman Herzog:** Das wäre eine Katastrophe. Und ich bin mir sogar ziemlich sicher, daß es genau aus diesem Grunde nicht zum Wahlkampfthema werden wird. Davon wird im Augenblick geredet. Aber

da möge sich jeder noch einmal bei der Nase fassen und über die Problematik nachdenken. Die Frage bei der europäischen Währung ist ihre Stabilität und nicht die Frage, ob man damit – und das glaube ich auch gar nicht – Wahlkämpfe gewinnen oder verlieren kann. So dumm sind die Deutschen nicht, daß sie sich damit auf Wahlkampfentscheidungen einlassen würden.

*Frage: Man kann die gemeinsame Währung ja auch dadurch denunzieren, daß man sagt: Maastricht ruiniert den Sozialstaat.*

**Roman Herzog:** Ja nun, da wird Ursache und Wirkung verwechselt. Es ist gar kein Zweifel, so unangenehm diese Feststellung ist, auch mir ist, es ist gar kein Zweifel, daß die Generation, der ich angehöre, vielleicht auch die Generation, die zehn oder 15 Jahre älter als ich ist, daß die etwas zu sehr aus dem Vollen geschöpft haben. Und das heißt, daß wir zu einer unerhörten Staatsverschuldung gekommen sind, die natürlich zu einem erheblichen Teil auch mit der Wiedervereinigung zusammenhängt, mit der wir aber jetzt fertig werden müssen. Es darf nicht so sein, daß im Wege des immer neuen Aufnehmens von Krediten letzten Endes das Erbgut unserer Kinder aufgefressen wird. Wenn unsere Kinder nur noch mit Schulden, mit öffentlichen Schulden leben müssen und damit also keinerlei Gestaltungsfreiheit mehr für ihre Zeit und ihre Probleme haben, dann – wie das so schön gesagt wird, und es ist so dramatisch – dann verfrühstücken wir das Erbe und verfrühstücken wir die Zukunft unserer Kinder. Deswegen

# Wichtiger Schritt zur Aussöhnung zwischen Deutschen und Tschechen

## Generalsekretär Peter Hintze zur deutsch-tschechischen Gemeinsamen Erklärung:

Die CDU Deutschlands begrüßt die deutsch-tschechische Gemeinsame Erklärung als einen wichtigen Schritt nach vorn zur Aussöhnung und Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen. Dem Buch der Nachkriegsgeschichte wird damit ein wichtiges, versöhnliches Kapitel hinzugefügt.

Die Erklärung geht in entscheidenden Punkten weiter als der deutsch-tschechoslowakische Nachbarschaftsvertrag von 1992. Dies gilt vor allem für die tschechische Bereitschaft anzuerkennen und zu bedauern, daß durch die nach Kriegsende erfolgte Vertreibung, Enteignung und Ausbürgerung unschuldigen Menschen Leid und Unrecht zugefügt wurde. Damit wird eine Tabuisierung früherer Jahre überwunden und der ernsthafte Wille zu objektiver und vorurteilsfreier Geschichtsbetrachtung auf tschechischer Seite deutlich. Für die CDU ist es dabei selbstverständlich, daß die deutsche Seite sich zu ihrer Verantwortung für das Leid und Unrecht bekennt, das dem tschechischen Volk durch nationalsozialistische Gewaltpolitik angetan wurde.

Die CDU ist überzeugt, daß diese gemeinsame Bewertung der tragischen Zeiten im deutsch-tschechischen Verhältnis, das sichtbare Bemühen um Gerechtigkeit und die beiderseitige Übernahme von Verantwortung erheblich dazu beitragen werden, den gemeinsamen Weg in die Zukunft zu erleichtern. Diese gemeinsame Zukunft bedeutet für uns: Gute Nachbarschaft und Partnerschaft zwischen Deutschen und Tschechen in einem vereinten Europa.

Die CDU weiß, daß diese politische Erklärung, die notwendigerweise auch Kompromisse und Zugeständnisse beinhaltet, natürlich die Leiden und die Vertreibung, die die Sudetendeutschen erlitten haben, nicht aus der Welt schaffen kann.

Die CDU ist sich sicher, daß die Sudetendeutschen sich an der Bewältigung der vor uns liegenden Zukunftsaufgaben im deutsch-tschechischen Verhältnis mit Tatkraft und Entschlossenheit und im Bewußtsein ihrer Liebe zur alten Heimat beteiligen werden, so wie sie es beim Wiederaufbau Deutschlands nach dem Kriege vorbildlich getan haben.

müssen wir hier Remedur schaffen, auch im Bereich der sozialen Leistungen. Darüber gibt es keinen Zweifel, aber nicht nur. Und die Europäische Einigung, die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion zwingt uns nur dazu, in den Einzelstaaten aus dieser ganz primitiven Erkenntnis

auch die Konsequenzen zu ziehen. Aber es ist nicht die Ursache dafür.

Wer Maastricht als die Ursache dieser notwendigen Sparpolitik bezeichnet, der lügt.

**Aus dem „Interview der Woche“ im Deutschlandfunk am 15. Dezember**

## *Ich will dazu beitragen, daß die SED-Nachfolgepartei keine Macht mehr bekommt*

**Nach reiflichem Überlegen und Abwägen aller Umstände habe ich mich entschlossen, die Partei Bündnis 90/Die Grünen und ihre Bundestagsfraktion zu verlassen.**

Ich habe mich im November 1989 spontan für die Grüne Partei der DDR entschieden, weil ich sie als Pendant der Grünen in der Bundesrepublik verstand.

Die Grüne Partei der DDR war eine Gründung der Opposition. Ihr erklärtes Ziel war, gemeinsam mit anderen oppositionellen Gruppierungen die Macht der SED zu brechen und später im „Bündnis 90“ der SED-Nachfolgepartei eine wirkliche Alternative entgegenzusetzen.

Die Mehrzahl unserer Wähler hat gerade aus diesem Grund für uns gestimmt. Sich von diesen Wurzeln zu entfernen, heißt, diese Menschen zu brüskieren und politisch an Boden zu verlieren. Ein deutliches Indiz dafür sind die verlorenen Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern, nachdem sich die Bündnisgrünen in Sachsen-Anhalt von der PDS in einer Minderheitsregierung tolerieren ließen. Von Anfang habe ich mich wiederholt scharf gegen diesen Tolerierungspakt mit der PDS ausgesprochen. Mein gesamter Bundestagswahlkampf in Thüringen war auf dieser Ablehnung jeglicher Annäherung an die PDS aufgebaut. Ich erzielte damit in einem ostdeutschen Flächenland das höchste Wahlergebnis, das deutlich höher lag, als das der Landtagsfraktion, die sich mehrheitlich schon

1994 für einen PDS-Schmusekurs entschieden hatte.

Dieser Kurs ist seither vom Thüringer Landesvorstand konsequent weiterverfolgt und vertieft worden. Vorläufiger Höhepunkt war der Beschluß der Landesversammlung vom November, Koalitionen mit der PDS zu ermöglichen. Damit ist aus der schleichenden Annäherung an die PDS endgültig eine offene Anbiederung geworden, die inzwischen von anderen

### **Aus dem Brief von Vera Lengsfeld vom 16. Dezember an die Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Landesverbänden nachvollzogen wird. Dem stehen zwar noch Aussagen gegenüber, auf Bundesebene wäre eine solche Zusammenarbeit nicht möglich. Aber das ist Augenschwermerei. Wer auf Landesebene eine Kooperation mit der PDS gutheißt, wird das früher oder später auch auf Bundesebene tun. Spätestens 1998, wenn sich eine rechnerische Möglichkeit ergibt, mit Hilfe der PDS ein rot-grünes Regierungsbündnis in Bonn zu etablieren, wird es keine Skrupel mehr geben, fürchte ich. Die Weichen dafür werden in der SPD bereits gestellt. Aber auch bei den Bündnisgrünen ist die Richtung durch die ausschließliche Fixierung auf Rot-Grün bereits festgelegt, da diese Koalition höchstwahrscheinlich in Bonn keine andere

Chance hat, als sich von der PDS die Steigbügel zur Macht halten zu lassen.

Durch die bündnisgrüne Anbiederung wird von der PDS jeder Druck genommen, sich ändern zu müssen. Wenn ein Landesverband in einem Leitantrag einräumt, selbst nicht zu wissen, ob innerhalb der PDS Reformsozialisten, Postkommunisten oder gar Altstalinisten den Kurs bestimmen, dieser Partei aber trotzdem „eine Bewährungsprobe“ in der Regierungsverantwortung in einem Bundesland über eine

Ich kann nicht für eine Partei arbeiten, in der die latente Bereitschaft, der PDS wieder zur Macht zu verhelfen, um selbst an die Macht zu kommen, immer stärker spürbar ist. Ich weiß, daß es viele in der Partei gibt, die wie Volker Beck oder Lukas Beckmann gegen einen solchen Kurs stehen. Aber der Mainstream – und darauf kommt es letztlich an – bewegt sich immer mehr in diese Richtung.

Die nächste Bundestagswahl wird eine Richtungswahl. Ich kann nicht weiterma-

## Weitere prominente Bürgerrechtler kündigen Wechsel zur CDU an

**Nach Vera Lengsfeld haben weitere prominente Bürgerrechtler aus der ehemaligen DDR ebenfalls ihren Beitritt in die CDU erklärt.**

Die Beitrittswilligen, die sich selbst als „Oppositionelle und Bürgerrechtler in der DDR“ bezeichnen, sind Günter Nooke, Ehrhart Neubert, Hildigund Neubert, Wolfgang Kupke und Markus Derling. Ihren Wechsel zur CDU kündigte auch die SPD-Politikerin Angelika Barbe an.

„Wir haben uns entschieden, der Christlich Demokratischen Union beizutreten. Wir wollen unsere politische Kraft und unsere öffentliche Stellung einbringen, um in und mit der CDU an der sozialen und ökologischen Ausgestaltung unserer Gesellschaft mitzuarbeiten“, erklärten sie.

„Wir haben länger gewartet und abgewogen als Freunde von uns. Wir gehen diesen Weg jetzt um so entschlossener.“

gesamte Legislaturperiode einräumen will – und dies nicht auf entschiedenen Widerspruch der Bundespartei stößt-, ist das für mich nicht länger hinnehmbar.

Ich kann auch den Beteuerungen, mit der PDS auf Bundesebene nicht kooperieren zu wollen, keinen Glauben schenken, wenn ausgerechnet eine der Protagonistinnen dieses Leitantrages in den Bundesvorstand gewählt wird.

Nachdem auch auf dem Bundesparteitag in Suhl kein Schlußstrich unter das Kapitel PDS-Annäherung gezogen wurde, ziehe ich einen Schlußstrich.

chen wie bisher mit der Hoffnung, daß sich eine numerische Mehrheit von Rot-Rot-Grün nicht ergeben möge. Ich kann nicht für ein Ziel arbeiten, von dem ich nicht will, daß es überhaupt erreicht wird. Ich werde mich deshalb in Zukunft auf Seiten derjenigen einbringen, die jegliche Machtbeteiligung der PDS ablehnen und daran festhalten werden. Seit Anfang der 80er Jahre habe ich offen gegen das SED-Regime gekämpft. Jetzt will ich dazu beitragen, daß die SED-Nachfolgepartei keine Macht mehr bekommt. Deshalb werde ich der CDU beitreten. ■



## *... daß die CDU die Ideale der Einheit in Freiheit am besten vertritt*

**Generalsekretär Peter Hintze auf einer Pressekonferenz am 17. Dezember im Konrad-Adenauer-Haus:**

- Der Schritt von Vera Lengsfeld und den anderen prominenten Bürgerrechtlern ist ein Gewinn für die CDU. Mit ihrer Entscheidung dokumentieren diese Repräsentanten der friedlichen Revolution gegen das SED-Regime, daß die CDU die Ideale der Einheit in Freiheit am besten vertritt.
- Es ist eine Schicksalsfrage für die Deutschen, ob die Kommunisten von der PDS mit Hilfe von SPD und Grünen noch einmal Macht über Menschen bekommen. SPD und Grüne

sind für die Bundestagswahl 1998 offensichtlich dazu bereit.

- Der Parteiwechsel aus Bündnis 90/Grüne, aus der SPD und aus dem BürgerBündnis dokumentiert, daß das alte Links-Rechts-Schema überholt ist. Heute stellt sich die Frage: Wer hat die Kraft, die notwendige Reform unserer Gesellschaft durchzuführen? Die sieben Bürgerrechtler sind ein erneuter Beleg dafür, daß dies mit der CDU besser möglich ist als mit jeder anderen Partei. Mein Aufruf zur Mitarbeit richtet sich an alle, die unsere Grundüberzeugungen teilen, sich aber bis jetzt noch nicht zu diesem Schritt entschlossen haben.

### Zur Person

● **Vera Lengsfeld:** Mitbegründerin der „Kirche von unten“, 1988 Abschiebung nach England, 1990 Abg. der Volkskammer und danach Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag, Veröffentlichung: Virus der Heuchler. Innenansicht aus Stasi-Akten (1992).

● **Günter Nooke:** Mitglied der kirchlichen Friedensbewegung der DDR, Sept. 1989 Verbreitung des Gründungsaufrufs von „Demokratie Jetzt“, 1990 bis 1994 MdL in Brandenburg und Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90; seine Kritik an Stolpe führte zum Ende der Koalition.

● **Ehrhart Neubert:** 1989 Gründungsmitglied des Demokratischen Aufbruchs; 1990 Mitglied am Zentralen Runden Tisch der DDR, Mitarb. im

Stolpe-Untersuchungsausschuß des Brandenburger Landtags.

● **Hildigund Neubert:** Seit 1981 Mitglied in Friedensgruppen der Evangelischen Kirche, 1989 Mitbegründerin des Demokratischen Aufbruchs, zeitweise Sprecherin des Landesverbands Berlin und Mitglied des Runden Tisches Berlin.

● **Markus Derling:** 1987 bis 1989 Mitglied der kirchlichen Opposition in Cottbus, 1989 Mitglied des Neuen Forums, später Gründungsmitglied Bündnis 90 in Brandenburg.

● **Wolfgang Kupke:** Mitglied am Runden Tisch des Bezirks Halle; seit 1990 Ausländerbeauftragter der Landesregierung Sachsen-Anhalt; im November dieses Jahres Parteiaustritt aus Bündnis 90/Die Grünen anläßlich des Landesparteitages am 23. November.

● **Angelika Barbe:** 1989 Mitbegründerin der SDP (später SPD), 1990 bis 1995 Mitglied des SPD-Vorstandes, bis 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages.

# Wolf im Schafpelz – Die PDS und ihre Strategie

**Das erste Parteiprogramm der Kommunisten, das „Manifest der Kommunistischen Partei“, verfaßt von Marx und Engels, wurde im Februar 1848 in London veröffentlicht. Dieses Programm ließ von Anfang an keinen Zweifel daran, worum es gehen sollte:**

„Der nächste Zweck der Kommunisten ist derselbe wie der aller übrigen proletarischen Parteien: Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisieherrschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.“

Die Geschichte der vergangenen 150 Jahre zeigt, daß die Kommunisten bei der Eroberung der Macht keinesfalls erfolglos gewesen sind. Es ist ihnen zwar nicht gelungen, ihre Macht auf Dauer zu erhalten. Noch vor acht Jahren hat allerdings kaum jemand daran geglaubt, daß das sozialistische System so schnell und so gründlich, wie geschehen, zusammenbrechen könnte. Mit der Realität des Scheiterns ist keineswegs die Grundidee des Kommunismus für immer aus der Welt. Die Verfechter dieser Ideologie sind nicht ausgestorben. Es ist demzufolge mit Restaurationsversuchen zu rechnen.

Die meisten, die in der westlichen Demokratie aufgewachsen sind, werden darin kaum eine Gefahr sehen, weil dort kommunistische Minderheiten niemals einen wesentlichen Einfluß ausüben konnten.

Es ist, so meine ich, Aufgabe der Ostdeutschen, zu größerer Wachsamkeit aufzuerstehen. Jeder, der in der DDR die Schule besucht hat, und jeder Student mußte sich mit den Grundlagen des Marxismus-Leninismus befassen. Was die SED-Nachfolge-

partei PDS heute dem staunenden westdeutschen Publikum vorführt, ist für Ostdeutsche weit weniger verwunderlich und originell, weil es genau den von Marx, Engels und Lenin empfohlenen Regieanweisungen entspricht.

Wer mit der PDS richtig umgehen will, sollte wissen, daß die Kommunisten über ein strategisches Konzept verfügen, das – abhängig von der jeweiligen Situation – außerordentlich flexibel ist.

**Von Fritz Hähle, Vorsitzender  
des CDU-Landesverbandes  
Sachsen und der CDU-Fraktion  
im Sächsischen Landtag**

Ihre Ausgangsposition ist stets die einer Minderheit. Sie gewinnen mit demokratischen Mitteln auch nicht die Mehrheit – das wissen sie genau. Deshalb halten sie nichts vom Parlamentarismus. Ihr eigentliches Aktionsfeld ist außerparlamentarisch.

Eine von ihnen meisterhaft beherrschte Methode besteht in der Unterwanderung aller möglichen Gruppierungen mit dem Ziel, zuerst die geistige und dann auch die materielle Führerschaft zu übernehmen. Es gibt keinen Grund für die Annahme, daß die bewährten Erfolgsrezepte heute etwa keine Rolle mehr spielen. Ganz im Gegenteil!

Was früher hieß: „*die Herbeiführung einer revolutionären Situation als Voraussetzung für die Veränderung der Gesellschaft*“, nennt Gysi jetzt: „*wir* (gemeint ist die PDS – oder gar die vereinigte Lin-

ke?) *müssen zunächst eine gesellschaftliche Reformatmosphäre organisieren*“ (Sächsische Zeitung vom 20. 8. 1996) – oder er sagt auch: *„Wir müssen eine Strategie entwickeln, um die gegen uns bestehenden Ängste abzubauen“*. Früher hieß das: *„Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften“* (bis alles unterwandert ist).

Insbesondere Lenin ist hier, wie schon für die SED, der Lehrmeister. Es ist deshalb falsch, seine Schriften unbeachtet zu lassen und als überholt beiseite zu legen. So enthält z. B. seine Schrift von 1905 *„Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“* genaue Anweisungen, wie der Übergang von der „demokratischen Revolution“ zur „sozialistischen Revolution“ herbeigeführt werden kann. Da ist unter anderem zu lesen, daß zunächst die Zusammenarbeit mit allen fortschrittlichen Kräften des Bürgertums gesucht werden muß, so lange, bis man sie nicht mehr braucht, weil es gelungen ist, die Macht handstreichartig an sich zu bringen. Was dann passiert, das wissen wir, das haben wir zum Teil miterlebt: Die Bürgerlichen, die Sozialdemokraten und alle, die sich dem kommunistischen Machtanspruch widersetzen, wandern ins Gefängnis.

Lenin hat sich dazu wiederholt klar ausgedrückt: *„Die revolutionäre Klasse, will sie ihre historische Aufgabe lösen, muß es verstehen, alle Formen oder Seiten der gesellschaftlichen Tätigkeit, ohne die geringste Ausnahme, zu beherrschen . . .“*. *„Sie muß gerüstet sein, aufs Schnellste und Unerwartetste die eine Form durch die andere zu ersetzen.“* (W. I. Lenin: *„Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“* – 1920)

Nach 1945 hat Ulbricht nach diesem Rezept gehandelt. Seine Devise: *„Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles im Griff haben.“*

Die PDS verfolgt die bewährte Strategie

selbstverständlich weiter. Die Sprache hat sich vielleicht etwas verändert. Die Ziele und die „Kampfmethoden“ sind gleichgeblieben. Die jüngsten Äußerungen einiger Führungspersonen der PDS lassen den Schluß zu, daß sie selbst nicht daran glauben, daß ihre Partei „demokratisch“ geworden ist. Brie (Mitglied des PDS-Parteivorstandes) und Brähmig (OB von Hoyerswerda) haben damit gedroht, deswegen die PDS zu verlassen. Ernst gemacht haben sie damit aber nicht.

Es ist bei der PDS immer wieder die Rede davon, daß es nur noch darauf ankäme, die Stalinismus-Tendenzen einiger weniger zu überwinden, dann sei alles in Ordnung. (Bisky in der Frankfurter Rundschau vom 19. 9. 1996: *„Die überwiegende Mehrheit in der PDS ist ganz klar antistalinistisch.“*)

Das ist eine Nebelkerze! War denn die Zeit nach Stalin nicht mehr schlimmer? Gab es etwa nach 1956, dem Beginn der sogenannten Entstalinisierung, keine Stasi-Gefängnisse und keine Menschenrechtsverletzungen mehr?

Ist der Apparat des Staatssicherheitsdienstes nicht erst besonders ausgebaut worden, als Stalins Geist und Methoden angeblich längst keine Rolle mehr spielten? Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl haben bis 1989 existiert.

Warum redet in der PDS niemand davon, daß man - um demokratisch sein zu können - auch antimarxistisch und antileninistisch sein müßte?

Bisky erklärt: *„Ideologische Plattformen sollten nicht den Status einer Arbeitsgemeinschaft oder Interessengemeinschaft erhalten, denn der Kampf um Vorherrschaft in der Partei muß allen Richtungen offen sein.“* (FR vom 19. 9. 1996)

Gesetzt den Fall, die angeblich vorhandenen sozialdemokratischen Ideen setzten sich in der PDS durch, dann würde diese Partei doch überhaupt nicht mehr gebraucht! Die SED-Nachfolgepartei könnte

sich auflösen und deren Mitglieder könnten in die SPD eintreten. Genau das aber wollen sie nicht!

Sollte sich die SPD darauf einlassen, über das Modell in Sachsen-Anhalt hinaus die PDS als Steigbügelhalter zur Macht zu akzeptieren, dann wird das über kurz oder lang das Ende der Sozialdemokratie sein. Geschichte wiederholt sich, wenn nicht die richtigen Lehren aus ihr gezogen werden.

Aber nicht nur bei den Sozialdemokraten wollen sich die PDS-Genossen anbieten – auch die CDU gehört dazu, wenn es gilt *„alle Formen oder Seiten der gesellschaftlichen Tätigkeit, ohne die geringste Ausnahme, zu beherrschen.“*

Es muß deshalb niemanden wundern, wenn sich die PDS in kommunalen Vertretungskörperschaften und Landesparlamenten kooperativ gegenüber der CDU, manchmal sogar regelrecht „staatstragend“ gibt. Das dient einzig und allein dem Ziel, *„die gegen uns (die PDS) bestehenden Ängste abzubauen.“*

Auf der anderen Seite sind die SED-Nachfolger keineswegs zimperlich beim Schüren von Ängsten. Sozialabbau, Kahlschlag, Arbeitslosigkeit, Armut, Plattmachen, Siegerjustiz usw. gehören zu ihren liebsten Vokabeln. Das entspricht genau dem von Gysi vorgeschlagenen Kochrezept – Teil 1: *„Wir (die PDS) müssen eine gesellschaftliche Reformatmosphäre organisieren.“* Bei Marx und Lenin ist zu lesen, daß die Widersprüche in der (kapitalistischen) Gesellschaft nicht durch Wohltätigkeit „zugekleistert“ werden dürfen. Die Gegensätze müssen – so die kommunistischen Klassiker – aufgezeigt und verschärft werden.

Die PDS wird deshalb niemals ernsthaft daran interessiert sein, daß Arbeitslosigkeit und andere soziale Probleme gemildert werden. Auch am Zusammenwachsen der Deutschen in Ost und West können sie strategiemäßig kein Interesse haben – sie

haben es ja auch nicht!

Daß nicht wenige im Osten und auch manche Journalisten im Westen glauben, ausgerechnet die SED-Nachfolgepartei sei der Anwalt der Ostdeutschen, ist – so per-vers das dem Kundigen erscheinen mag – ein beredter Ausdruck des bereits erzielten Erfolges ihrer Strategie.

Erkennbar sind aber auch neue Züge im strategischen Reservoir: Die Mär von der Ausgrenzung der PDS, mit der Erweiterungsoption auf alle ehemaligen SED-Mitglieder. Das weckt Mitleid. Und die Fabel von der (im Westen) unterstellten Kollektivschuld der Ostdeutschen. Das fordert zum Widerspruch (gegen die „Wessis“) heraus und führt zu einer Art Solidarisierung mit denen, die an sich völlig zu Recht wegen ihrer Beteiligung am SED-Unterdrückungsregime öffentlicher Kritik ausgesetzt sein müßten.

Neu ist indessen hier nur der konkrete gesellschaftliche Bezug. Die Mittel der Lüge und der bewußten Täuschung gehörten schon bei Lenin, dann folgerichtig auch bei der SED, zu den durch den Zweck geheiligten Instrumenten des politischen Kampfes.

Lenin forderte seine revolutionären Mitstreiter auf: *„Der Zweck heiligt die Mittel; verleumdet, verleumdet, es bleibt immer etwas hängen.“* (Gottfried Mai: Lenin – Die pervertierte Moral. Schwengler-Verlag 1988, Seite 132)

In der in Ostberlin herausgegebenen „Einheit“ ist im Oktober 1955 in einem Leitartikel zu lesen: *„Vom Standpunkt der sozialistischen Moral ist alles sittlich, was zur Einrichtung der Grundlagen des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik beiträgt. Alle Versuche jedoch, den sozialistischen Aufbau zu hemmen, zu verhindern, die Staatsmacht der Arbeiter und Bauern zu unterminieren, zu beseitigen, sind unsittlich und unmoralisch.“* (Wie oben, Seite 127)

Die PDS ist natürlich keinesfalls ausge-

grenzt! Entsprechend ihrem Wählerinteresse sitzt sie in den Parlamenten und kommunalen Vertretungskörperschaften. Sie stellt Bürgermeister und Oberbürgermeister. Sie hat die gleichen Rechte wie andere Parteien. Ihre Mitglieder sind im öffentlichen Dienst (z. B. in Schulen und Hochschulen) eher über- als unterrepräsentiert. Ihrer Wählerschaft wird ein über dem Durchschnitt liegender Bildungsgrad bescheinigt, und viele von ihnen gehören zu den Besserverdienenden.

Daß heute im Unterschied zur SED-Ära eine politische Auseinandersetzung geführt wird, daß die Ziele und Praktiken der Kommunisten öffentlich angeprangert werden können, daß ihrer Ideologie und ihrem Machtanspruch Widerstand entgegengesetzt wird, hat mit Ausgrenzung wahrlich nichts zu tun!

Mitunter ist zu hören, es sei falsch, die PDS-Mitglieder als Kommunisten zu bezeichnen. Gysi ist offensichtlich nicht dieser Meinung. In der Sächsischen Zeitung vom 20. 9. 1996 führt er aus: „Die PDS darf auf keinen Fall antikommunistisch werden, das sind schon alle anderen Parteien.“

Für ebenso unsinnig wie die Ausgrenzungsthese halte ich die Behauptung, daß der Angriff auf die SED-Nachfolgepartei gleichbedeutend sei mit einer generellen Diskriminierung der Lebensläufe der Ostdeutschen.

80 Prozent der erwachsenen DDR-Bevölkerung waren nicht in der SED. 95 Prozent der SED-Genossen sind bis Ende 1989 aus dieser Partei ausgetreten und haben sich nicht wieder bei der PDS angemeldet. Die Begeisterung über die „sozialistischen Errungenschaften“ hat sich zu allen Zeiten in Grenzen gehalten, auch wenn die SED-gesteuerten Medien ständig einen anderen Eindruck erweckten.

Freilich muß sich heute jedes ehemalige SED-Mitglied fragen lassen, wie es denn

seine Zugehörigkeit zu der Partei, die das Volk zweifellos unterdrückt hat, vor sich selbst und anderen rechtfertigen kann. („Ich mußte doch und konnte gar nicht anders“, ist angesichts der 80 Prozent, die sehr wohl anders konnten, nicht stichhaltig!) Diese Aufarbeitung halte ich nach wie vor für notwendig. Mit einer generellen Schuldzuweisung hat das aber nichts zu tun!

Auch CDU-Mitglieder müssen sich die Frage gefallen lassen, ob ihr Reden und Tun zu DDR-Zeiten mit dem, was sie heute öffentlich vertreten, eventuell im Widerspruch steht. Ein Gleichsetzen von DDR-CDU und SED, wie das einige SPD-Politiker allzugern in die Welt setzen möchten, geht jedoch völlig an den Tatsachen vorbei. In der DDR-Verfassung stand bis 1989: „Die DDR ist der sozialistische Staat der Arbeiter und Bauern unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei, der SED“ (nicht der CDU!).

Klare Worte und eine harte Gegenpolitik zur Politik der PDS schließen den menschlichen Umgang mit ihren Mitgliedern und gewählten Vertretern nicht aus. Die politische Auseinandersetzung muß sich nicht in persönlicher Feindschaft ausdrücken.

Über Stilfragen des politischen Streites sollten die Menschen in den neuen Ländern möglichst selbst entscheiden. Wer, wie die meisten Westdeutschen, einseitiger ideologischer Beeinflussung, dem Anpassungsdruck und den Verstrickungsgefahren in einem diktatorischen System nie ausgesetzt war, kann hier kein guter Ratgeber sein.

Das der CDU eigene christliche Verständnis vom Menschen schließt ein, daß sich Menschen irren können, daß sie verführbar sind, aber auch, daß sie zur Umkehr fähig sind. Die Chance, daß ein Irrtum erkannt und revidiert wird, ist um so größer, je klarer die jeweilige Gegenposition ausgedrückt und vertreten wird. ■

# Neue Wege bei der Vorbeugung gegen Straftaten

**Fragen der kommunalen Kriminalprävention sind ein neuer Arbeitsschwerpunkt des Bundesfachausschusses Innenpolitik der CDU. Als Auftakt der Beratungen wurden zwei Erfahrungsberichte leitender Kriminalbeamter aus Nordrhein-Westfalen und Berlin sowie das von der CDU Hessen vorgelegte „Kommunale Sicherheitskonzept (KSK)“ diskutiert. Dazu erklärte, der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Innenpolitik, Johannes Gerster:**

Der Bundesfachausschuß Innenpolitik wird sich in den nächsten Wochen intensiv mit dem Bereich der Kriminalitätsverhütung in Städten, Gemeinden und Landkreisen beschäftigen. Ziel ist es, Leitlinien für eine erfolgreiche kommunale Kriminalprävention der Zukunft zu erarbeiten. Dazu wird sich der Bundesfachausschuß mit Experten u.a. aus Polizei, Politik, Schule, Sozialdiensten und Kirchen beraten.

Die CDU stellt sich damit der Aufgabe, neben dem Eintreten für polizeiliche und strafrechtliche Instrumente bei der Kriminalitätsbekämpfung neue Wege bei der Vorbeugung von Straftaten zu gehen. Unser Ziel ist es, durch verbesserte vorbeugende Maßnahmen in den Kommunen mehr Sicherheit für die Bürger zu schaffen.

Der Bundesfachausschuß begrüßt in diesem Zusammenhang den Beitrag der CDU Hessen, die mit ihrem jüngst vorgelegten „Kommunalen Sicherheitskonzept (KSK)“ eine hervorragende Grundlage auch für die Arbeit des Bundesgremiums geleistet hat.

Das Ergebnis des Bundesfachausschusses zur kommunalen Kriminalprävention wird einfließen in den Kongreß der Bundes-CDU zur Inneren Sicherheit, der für den August 1997 in Hamburg geplant ist.

## Für Eltern ist die Zukunft ihrer Kinder am wichtigsten

**Die Zukunft ihrer Kinder ist für die meisten Eltern einer Meinungsumfrage zufolge das wichtigste Anliegen. Die große Mehrheit der 2.000 Befragten äußerte den Wunsch, ihren Kindern möge es später einmal genauso gut oder noch besser gehen als ihnen selbst.**

Die Ergebnisse der Umfrage des Allensbach-Instituts wurde in dem vom Bonner Bundespresseamt herausgege-

benen „Journal für Deutschland“ veröffentlicht. Danach haben die Deutschen sehr klare Vorstellungen von dem, was gesellschafts- und wirtschaftspolitisch geschehen müsse, um den Kindern eine gute Zukunft zu garantieren. Am häufigsten (84 Prozent) wurde die wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit genannt, gefolgt von der Forderung nach mehr Lehrstellen mit 71 Prozent.

## „Frischluff“ bringt neuen Wind in die Jugendarbeit

**Die himmelblaue Taube, die über dem Logo flattert, symbolisiert das Ziel von Frischluft: Alte Pfade zu verlassen und neue Wege in der Jugendarbeit zu beschreiten.**

Der christlich-demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. wurde 1989 gegründet und zählt inzwischen über 6.000 Mitglieder. Ehrenamtliche Jugendarbeit wird bei Frischluft von jungen Menschen gestaltet, die mit großem Engagement und Freude die Wahrnehmung von Verantwortung üben und daher sensibel sind für die Belange der Kinder- und Jugendlichen.

Der Bundesvorsitzende André Chahoud betont: „Bei uns wird niemand von der Politik erschlagen, sondern mit Spaß an politische Themen herangeführt“. Über 60 Landes- und Kreisverbände organisieren Bildungsseminare, Workshops zu aktuellen Themen, Zeltlager, Ski- und Segelfreizeiten und nicht zuletzt Jugendkulturen in den neuen Bundesländern.

Besonders beliebt sind die internationalen Jugendbegegnungen in den USA und Südamerika, aber auch Projekte der Mädchenarbeit und Veranstaltungen für Alleinerziehende haben einen hohen Stellenwert bei Frischluft. Natürlich sind auch Nicht-Mitglieder zu den Veranstaltungen herzlich eingeladen. Mitmachen kann jeder, der sich im vorpolitischen Raum engagieren möchte.

Es besteht auch die Möglichkeit einer Fördermitgliedschaft. Fördermitglieder entrichten einen jährlichen Beitrag nach freier Wahl, mindestens jedoch 150 DM, und erhalten regelmäßigen Informationen über alle Angebote und Aktivitäten von Frischluft.

Auch 1997 stehen zahlreiche Programme und Veranstaltungen auf dem Programm, das bei der **Bundesgeschäftsstelle, Anna-berger Straße 283, 53175 Bonn, Telefon (02 28)-31 00 23, Fax (02 28)-31 47 03** kostenlos angefordert werden kann. Wir freuen uns auf Euren Anruf!

## Angebot an Ausbildungsplätzen höher als die Nachfrage

**Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers hat für das ablaufende Jahr 1996 eine positive Lehrstellen-Bilanz gezogen.**

Rüttgers betonte, es sei gelungen, einen bundesweiten Ausgleich von Angebot und Nachfrage zu schaffen. Allerdings seien im nächsten Jahr weitere Anstrengungen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen notwendig.

Nach Angaben von Rüttgers lag die

Zahl der neuabgeschlossenen Lehrverträge Ende September 1996 mit gut 574.000 um knapp 0,3 Prozent über dem vergleichbaren Vorjahresstand. Das Angebot an Ausbildungsplätzen war mit rund 617.000 höher als die Nachfrage mit 612.800 Bewerbern.

Allerdings wurden Ende September immer noch 38.000 unvermittelte Bewerber registriert. Zugleich gab es jedoch 43.000 offene Lehrstellen.

## Europäische Währungsunion

# Drei Argumente dafür, die heute genau noch so wie gestern gelten

**Sind die Argumente, die zur Entscheidung zugunsten einer Währungsunion geführt haben, auch heute noch gültig? Mit drei exemplarischen Argumenten antwortet auf diese Frage Prof. Dr. Helmut Hesse, Präsident der Landeszentralbank in der Freien Hansestadt Bremen, in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt:**

### ● **Binnenmarktabsicherungsargument:**

Das Binnenmarktabsicherungsargument geht auf die Globalisierung der Märkte und die Internationalisierung des Wettbewerbs zurück, die sich in den letzten Jahren beschleunigt haben. Es gibt gegenwärtig im verarbeitenden Gewerbe kaum noch eine Unternehmung, die das Ausland nicht in seine Absatzplanungen mit ihren Rückwirkungen auf die Investitions-, Innovations- und Produktionsentscheidungen einbezogen hätte.

Diese Absatzplanungen stehen unter Risiko; unter dem Risiko, daß ausländische Regierungen regulativ oder steuerlich in unvorhersehbarer Weise eingreifen, und unter dem Risiko veränderter Währungsrelationen. Unsicherheit und Risiko erschweren immer die Planungen, die in die Zukunft reichen, insbesondere Investitions- und Entwicklungsentscheidungen.

Unsicherheit und Risiko stehen insofern einem stetigen und gesunden Wachstum entgegen.

Amerikanische Unternehmen beispielsweise, die zu den schärfsten Konkurrenten deutscher Unternehmen auf den globalisierten Märkten gehören, unterliegen diesen negativen Einflüssen in weit geringerem Maße als deutsche. Ihre Heimbasis ist sicherer; der amerikanische Binnenmarkt ist vergleichsweise groß, und überall wird auf ihm in Dollar gerechnet und gezahlt.

Darauf muß die Wirtschaftspolitik in Europa reagieren. Ein großer gemeinsamer, alle europäischen Länder umfassender Binnenmarkt ist die Antwort. Kleinstaatelei paßt nicht zu der Weltwirtschaft von heute. Die geplante Währungsunion entspricht dieser Notwendigkeit. Sie soll den gemeinsamen Markt absichern, indem sie von ihm die Unsicherheit von Währungsverschiebungen nimmt.

Soweit das Binnenmarktabsicherungsargument! Hat dieses Argument angesichts der Planungsmängel und Zweifel, auf die wir im bisherigen Verlauf der dritten und auch schon der vierten Phase gestoßen sind, an Durchschlagskraft verloren? Muß es korrigiert werden?

Die Antwort lautet: Nein! Im Gegenteil. Das zeigen die Währungsturbulenzen in Europa während der letzten Jahre mit ihren nachteiligen Folgen für Wachstum und Beschäftigung. Ohne die Währungs-



schwankungen wäre das Wirtschaftswachstum in Europa – wie es in einer Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat heißt – in den letzten Jahren um  $\frac{1}{4}$  bis  $\frac{1}{2}$  Prozent schneller verlaufen.

Auch hätten sich die Gewinnspannen und die Marktanteile besonders der deutschen Maschinen- und Kraftfahrzeugindustrie nicht so ungünstig entwickelt, wie es geschehen ist, wären nicht Lira, Pfund, Pesete und andere europäische Währungen von den Märkten real abgewertet worden. In einer Währungsunion kann es solche Wechselkursverschiebungen mit ihren negativen Einflüssen auf die internationale Wettbewerbsposition heimischer Anbieter nicht geben

### ● Das Beschäftigungsförderungsargument:

Das zweite Argument läßt sich wie folgt ableiten: Wenn bisher die Tarifparteien in ihren jährlichen Lohnverhandlungen mit einem zu hohen Abschluß einen Lohnfeh-

rigiert werden, die Wechselkurse konnten entsprechend festgelegt werden oder sich entsprechend einpendeln. Im Laufe der Jahre haben sich die Tarifparteien darauf eingestellt: Da Lohnfelder korrigierbar waren, kam es nicht so sehr darauf an, sie zu vermeiden. Wichtiger als die Verantwortung für die Beschäftigungsfolgen wurden Verteilungsfragen, wie den Mitgliedern der eigenen Gruppe ein möglichst großes Stück vom Kuchen Sozialprodukt gesichert werden könnte.

Ein solches Verfahren ist nach Verwirklichung einer umfassenden europaweiten Währungsunion nicht mehr möglich. Die bilateralen Wechselkurse zwischen den Mitgliedsländern sind ja unwiderruflich fixiert. Man darf deshalb sagen, daß die Lohnpolitik nunmehr die Beschäftigungswirkungen sehr viel ernster nehmen muß. Das dient der Beschäftigung, und das dient der Stabilität.

Besteht Anlaß das Beschäftigungsförderungsargument zu korrigieren und nicht mehr für überzeugend zu halten?

*Als großer deutscher Baufinanzierer, der zugleich auch in Europa tätig ist, sind wir von der Notwendigkeit der Europäischen Währungsunion überzeugt. Sie ist ein entscheidender Schritt zur weiteren Integration der Europäischen Union und für unser Land sowohl unter ökonomischen als auch politischen Gesichtspunkten von großer Bedeutung.*

**Reinhard Wagner,  
Vorsitzender der  
Geschäftsführung der BHW Holding GmbH**

ler in dem Sinne gemacht hatten, daß die Stückkosten in ihrem Land stark anstiegen, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen schwächten und deshalb ein Abbau von Arbeitsplätzen unausweichbar zu werden drohte, konnte der Lohnfelder kor-

Die Antwort ist auch hier: Nein! Der Anstieg der Arbeitslosigkeit in Deutschland läßt sich zu einem nicht geringen Teil mit dem Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit erklären, den hohe Lohnabschlüsse mit sich gebracht haben.

Das wird inzwischen auch von den Gewerkschaften anerkannt. Im sogenannten „Positionspapier zur Wirtschafts- und Währungsunion“ des DGB findet sich der Satz: „Jede überdurchschnittliche Lohnzurückhaltung bietet Wettbewerbsvorteile.“ Damit wird vom DGB erstmals der Zusammenhang zwischen Arbeitskosten und der Zahl verfügbarer Arbeitsplätze anerkannt. Man kann hierin so etwas wie eine Zeitenwende des deutschen Gewerkschaftsdenkens erblicken.

### ● Das Friedenserhaltungsargument:

Deutschland ist nach dem Zusammenbruch der zentralen Verwaltungswirtschaften in Osteuropa und nach der Wiedervereinigung in die Mitte eines nun gesamteuropäischen Wirtschaftsraums gerückt und hat zugleich sein Gewicht als einflußreichste Wirtschaftsnation in diesem Raum erhöht. Was das bedeutet, läßt sich bereits mit Hilfe eines einzigen Beispiels erkennen.

Den Kurs in der Geld- und Währungspolitik Europas bestimmt weitgehend die Deutsche Bundesbank. Die anderen nationalen Notenbanken passen sich an; sie verfügen über keinen nennenswerten eigen-

nen Handlungsspielraum mehr. Wenn der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank die Leitzinsen erhöht, bleibt den anderen europäischen Zentralbanken in der Regel nichts anderes übrig, als nachzuziehen, selbst wenn der Zustand der eigenen Volkswirtschaften etwas anderes nahelegt. Verallgemeinert: Deutschland ist, ob es das will oder nicht, in Europa zu einer Hegemonialmacht geworden. Die Ausübung dieser Macht stößt jedoch auf Bedenken und Widerstand.

Man darf die Geschichte unseres Volkes und das oft gespannte Verhältnis zu unseren Nachbarn nicht vergessen. Das kulturelle Gedächtnis der Völker dauert 400 Jahre und mehr und prägt ihr Verhalten uns Deutschen gegenüber. Deutschland geriete deshalb auf Dauer in rauhes Wasser und in herbe Auseinandersetzungen, würde es makropolitische Entscheidungen im Alleingang treffen und allein auf nationale Ziele ausrichten. Der Frieden in Europa, auf den unser Land so sehr angewiesen ist, wäre dagegen nicht bedroht, wenn in funktional eng begrenzten Bereichen Entscheidungskompetenzen unter Bedingungen, die deutsche Interessen wahren, auf supranationale Gremien verlagert würden.

## Für ZNS: Hannelore Kohl erhielt 100.000-Mark-Spende von der Telekom

Eine Spende in Höhe von 100.000 Mark hat Hannelore Kohl für ihre Stiftung zur Hilfe für Unfallverletzte mit Schäden des zentralen Nervensystems (ZNS) von der Deutschen Telekom AG erhalten. Wie die Telekom bekannt gab, erfolgte die Scheckübergabe an die Frau des Bundeskanzlers im Rahmen eines Benefizkonzertes in der Bonner Telekom-Zentrale. Unter der Leitung von Professor Heribert Beissel spielte die Klassische Philharmonie Bonn vor rund 300 geladenen Gästen Werke von Mozart und Bizet.

## Rudolf Seiters: Menschenrechtsverletzungen gefährden den Frieden

**Der Dritte Menschenrechtsbericht der Bundesregierung dokumentiert den hohen Stellenwert, den der Schutz und die weltweite Förderung der Menschenrechte in der Politik der Bundesregierung und des Bundestages einnimmt.**

Daß dies nicht nur ein Lippenbekenntnis ist, läßt sich an zahlreichen Beispielen darstellen – an der China-Politik der Bundesregierung, dem Einsatz der Bundeswehr in Bosnien. Eine zentrale Frage lautet: Ist es möglich, gleichzeitig eine interessenorientierte und eine wertorientierte Außenpolitik zu betreiben?

Unsere Antwort lautet: Ja. Wirtschaftliche Interessen und eine glaubwürdige Menschenrechtspolitik sind kompatibel, denn – ich zitiere den Bundespräsidenten –: „So wenig es falsch war, daß mit der Sowjetunion auch über Fragen der Sicherheitspolitik gesprochen wurde, so wenig kann es falsch sein, beim Wirtschaftsaustausch mit asiatischen Staaten neben

den Menschenrechten auch die Erhaltung deutscher Arbeitsplätze im Auge zu haben.“

Die Mehrzahl der friedensbedrohenden Krisenherde in der Welt wurzelt in einer Mißachtung der Menschenrechte. Die Folgen von Menschenrechtsverletzungen gefährden den Frieden und damit auch die Sicherheit geordneter Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Wandel durch Handel ist wichtig; wirtschaftliche Freiheit kann auf die Dauer nicht ohne korrespondierende gesellschaftliche Freiheit funktionieren, und wirtschaftliche Öffnung kann und wird eine politische Öffnung begünstigen.

Dennoch müssen wir darauf achten, für die Durchsetzung der Menschenrechte auch die richtigen Methoden zu wählen. Der Einsatz für Menschenrechte ist allein legitimiert durch die Solidarität mit den Menschen, denen das Recht auf Leben, Menschenwürde und Selbstbestimmung vorenthalten wird.

**Neue EVP-Jugendorganisation.** Die in EJCD (Europäische Junge Christdemokraten – EVP-Vereinigung) und DEMYC zusammengesetzten Jugendorganisationen beabsichtigen die Gründung eines neuen gemeinsamen Verbandes, Junge EVP. Der Gründungskongreß der neuen EVP-Vereinigung soll vom 30. Januar bis 2. Februar 1997 in Brüssel stattfinden. Angesichts des Öffnungsprozesses der EVP für nahestehende Parteien anderer politischer Traditionen und nahestehende Parteien aus Mittel- und Osteuropa wollen die Jugendorganisationen dieser Parteien ein neues Modell der Zusammenarbeit definieren, um zukünftig verstärkt Einfluß auf die Entscheidungsfindungen der EVP nehmen zu können

Generalsekretär Peter Hintze:

# Die Arbeit in Projekten und Initiativen gewinnt an Bedeutung

**Es gibt mehr ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger, als man annimmt. Bundesweit sind es zwischen 7,5 Millionen und 10 Millionen, die in Vereinen, Initiativen, sozialen Einrichtungen und Projektgruppen über 240 Millionen Stunden freiwillige und unbezahlte Arbeit leisten.**

Das Spektrum an ehrenamtlichen Diensten ist groß. Einem anderen Menschen helfen zu können, einen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten, ein kulturelles Angebot auf die Beine zu stellen oder eine Selbsthilfegruppe zu gründen, ist auch eine Chance der Selbstverwirklichung und des sozialen Lernens.

Tatsache ist: Die Einstellung zum Ehrenamt hat sich verändert. Neben dem klassischen Engagement in Vereinen und Verbänden gewinnt die Arbeit in Projekten und Initiativen an Bedeutung. Gerade junge Menschen wollen eher konkrete Arbeit leisten und setzen damit ein deutliches Signal gegen den Rückzug ins Private in unserer Gesellschaft.

Wer ehrenamtlich arbeitet, investiert ein großes Maß an Zeit. Ehrenamtliche Arbeit ist nicht einfach „nebenbei“ zu leisten, sondern erfordert Kenntnisse und Kompetenzen. Ohne Organisationstalent, Erfindungsgeist, Flexibilität und nicht zuletzt ohne den geübten Blick, wo welche Hilfe gebraucht wird, sind viele Aufgaben gar nicht lösbar.

Ehrenamtliche Arbeit ist in der Hauptsache von Frauen ausgeübt, und das, obwohl Frauen durch Familienarbeit oder die Kombination von Beruf und Familie häu-

fig stark belastet sind. In den Vorstandsgremien prägen jedoch überwiegend Männer das Bild.

Die CDU hat ein Programm für mehr Anerkennung von Selbsthilfe und Ehrenamt entwickelt:

- Freiwillige Helfer müssen wissen, daß sie nicht als Lückenbüßer mißbraucht werden.
- Die Zusammenarbeit zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen muß verbessert werden. Beide Seiten müssen ihre Kompetenzen stärker anerkennen.
- Prinzipiell muß es bei dem Grundsatz bleiben, daß freiwillige Hilfe nicht bezahlt wird. Sie darf aber die Gemeinschaft etwas kosten. Es muß selbstver-

## Programm Ehrenamt

ständig werden, daß aus dieser Tätigkeit entstehende Kosten wie zum Beispiel Telefon-, Porto- und Fahrtkosten erstattet werden.

- Ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr soll bei nachfolgenden Bewerbungen anerkannt und angerechnet werden.
- Ehrenamtliche Tätigkeit muß in späteren beruflichen Tätigkeiten Anrechnung finden.
- Der hohe Anteil von Frauen bei den freiwilligen sozialen Diensten erfordert, daß
  - ➔ Frauen in verantwortlichen Positionen der Verbände und Initiativen vertreten sind,

**Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung**

**A**uswärtige Kulturpolitik, Weltkulturerbe in Deutschland, Denkmale in öffentlichem und privatem Besitz, Denkmalschutzgesetze in den Bundesländern, Engagement des Bundes, konkrete „Pflegefälle“, Erfahrungs- und Meinungs austausch – Elemente der mittlerweile zur Tradition gewordenen Eichholzer Foren zu Fragen des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege.

Das nächste Angebot in dieser Reihe:

Veranstaltung Nr. 31

**Denkmalschutz und Denkmalpflege in Deutschland – Leistungen und Herausforderungen**

Eichholzer Forum

12. bis 15. Februar 1997

Hauptthemen der von Dr. Volkmar Köhler, Parl. Staatssekretär a. D., geleiteten Veranstaltung:

- Hauptprobleme der amtlichen Denkmalpflege nach dem Fall der Mauer
- Zusammenarbeit deutscher und kroatischer Einrichtungen auf dem Gebiet der Denkmalpflege

- Weltkulturerbe in Deutschland – Gefährdungen und Erfahrungen
- Die russische Kolonie Alexandrowka in Potsdam
- Die Neumarktkirche in Merseburg
- Denkmale in Privatbesitz: Adelssitze im Bonner Raum und in der Voreifel
- Denkmalpflege als Wirtschaftsfaktor

Zur Teilnahme eingeladen:

Denkmalpflegerinnen und Denkmalpfleger, Repräsentatinnen und Repräsentanten von Verbänden und Vereinen, Journalistinnen und Journalisten, Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, Eigentümerinnen und Eigentümer von Denkmalen.

Weitere Informationen/Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**  
**Bildungszentrum**  
**Schloß Eichholz**  
**Postfach 1331**  
**50387 Wesseling**  
**Fax-Nr.: (0 22 36) 7 07-4 13**

➔ freiwillige unbezahlte Arbeit nicht als Ersatz auf den Anspruch auf Erwerbsarbeit angesehen wird,

➔ ehrenamtliche Tätigkeiten in der Ausbildung und im Beruf anerkannt werden bzw. als Vorbereitung für den Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit dienen können.

- Ein Sozialpraktikum für Schüler/innen oder ein Sozialurlaub für Erwachsene kann der Einstieg in eine „Neue Kultur des Helfens“ sein.

Aus Umfragen wissen wir, daß 30 Prozent derjenigen, die sich noch nicht ehrenamtlich engagieren, hierzu sehr wohl bereit wären. Ein großes Potential bleibt bisher ungenutzt. Um Hilfsbedürftige und hilfsbereite Mitbürger/innen zueinanderzubringen, müssen „Servicezentren für Selbsthilfe und Ehrenamt“ eingerichtet werden. Sie sollen auch kostenfrei schulen, qualifizieren und professionelle Beratung und Begleitung anbieten. ■

# Multimedia – Arbeit wird mobil: Große Chancen für Frauen

**„Wer beruflich Schritt halten will, muß mit dem Computer und den neuen Multimedia-Möglichkeiten kompetent umgehen können.“**

Diese Folgerung zog Maria Böhmer, Vorsitzende der rheinland-pfälzischen Frauen-Union, aus dem Umbruch in der Arbeitswelt, der dazu führt, daß im Jahr 2000 an zwei Drittel aller Arbeitsplätze Computertechnik genutzt wird.

„Multimedia – Chancen für die Arbeitswelt, Chancen für unser Leben“ war das Motto der letzten Landestagung der Frauen-Union in Bingen, und mit „Multimedia – Was Frauen dazu sagen“ ist die Entschlüsselung überschrieben, die der Landestag zu den wichtigsten Themen verabschiedet hat:

● **Die Frauen-Union** plädiert für die Einrichtung von „Telehäusern“ im Verbund von Landesregierung und Kommunen, Wirtschaft und Wissenschaft, um die optimale Nutzung neuer Technologien für innovative Produkte und Verfahren zu beschleunigen, sie insbesondere mittelständischen und kleinen Unternehmen zugänglich zu machen und das know-how rund um die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien besser zu vermitteln. Dazu müssen auch spezifische Multimediaangebote für Frauen gehören.

Arbeit, die sich am Computer erledigen läßt, wird räumlich unabhängig und gestattet eine freiere Zeiteinteilung. Sie ist möglich als mobile Arbeit von unterwegs, sie kann in einem speziellen Telearbeitszentrum, Satelliten- oder Nachbarschaftsbüro, aber auch teilweise oder ganz in der privaten Wohnung geleistet werden.

● **Die Frauen-Union** sieht in der Telearbeit eine gute Voraussetzung für fami-

liengerechtes Arbeiten von Frauen und Männern, für größere Zeitsouveränität und geringeren Zeit- und Kostenaufwand durch Einsparung von Fahrten zum Betrieb. Auch für Betriebe bietet Telearbeit erhebliche Vorteile: Entkoppelung von starren Bürozeiten, kundenorientierte Arbeitsgestaltung durch flexiblen Personaleinsatz, kontinuierliche Personalplanung, wenn qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch während der Familienphase weiter beschäftigt werden können, Kostenreduzierung durch weniger Bürobedarf, Wegezeiten und Fahrtkosten, Steigerung der Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit.

Aber Telearbeit darf bei den Arbeitskräften nicht zur sozialen Isolierung, zur Abkoppelung vom betrieblichen Geschehen, zu geringeren Fortbildungs- und Ausbildungschancen, zu weniger Mitbestimmung führen. Arbeitsrechtliche Absicherungen, insbesondere Mutterschutzregelungen und Erziehungszeiten, dürfen nicht durch Scheinselbständigkeit unterlaufen werden.

## ● Deshalb setzt sich die Frauen-Union dafür ein,

- ▶ daß die Bundesregierung alle arbeitsrechtlichen Regelungen und die sozialen Sicherungssysteme daraufhin überprüft, inwieweit sie den neuen Anforderungen der Telearbeit gerecht werden,
- ▶ daß die Gleichstellungsbeauftragten die Frauenförderpläne den Erfordernissen der Telearbeit anpassen und sie entsprechend umsetzen.

Alarmierend ist, daß sich nach neuesten Angaben nur 7 Prozent Frauen unter den Internetbenutzern finden.

● **Die Frauen-Union** wird dafür werben, daß sich Frauen mit ihrer Sichtweise, ihren Interessen und Erfahrungen in der virtuellen Welt einbringen und fordert das Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen auf, „Frauen und Multimedia“ zu einem zentralen Thema seiner Arbeit zu machen und die Initiative des Bundesforschungsministeriums „Frauen geben Technik neue Impulse“ zu unterstützen.

Wir appellieren an die Gleichstellungsauftragten in den Kommunen, an die Institutionen der Erwachsenenbildung, aber auch an alle Frauenverbände, Einführungskurse in die neuen Techniken anzubieten und zu unterstützen und verpflichten uns selbst, in den Kreisverbänden der Frauen-Union dazu den Anstoß zu geben.

Medienkompetenz gewinnt zunehmend Bedeutung als neue, unverzichtbare Kulturtechnik.

● **Die Frauen-Union** fordert: Der Erwerb von Medienkompetenz muß als flächenübergreifende Aufgabe in allen Schulen verbindlich verankert werden. Die Landesregierung Rheinland-Pfalz muß so schnell wie möglich die Aktion „Schulen ans Netz“ des Bundeswissenschaftsministeriums durch eigene Initiativen ergänzen.

Grenzenlose Freiheit der Information bedeutet auch Möglichkeit des Mißbrauchs. Kinderpornographie, extremistische Parolen, Gewaltdarstellungen dürfen keinen Platz im Netz haben.

● **Die Frauen-Union** befürwortet Institutionen der freiwilligen Selbstkontrolle der Anbieter. Darüber hinaus sind Bund und Länder gefordert, die rechtlichen Regelungen in den Bereichen Jugendschutz, Daten- und Verbraucherschutz auf nationaler und europäischer Ebene zu verbessern und den technischen Gegebenheiten anzupassen.

## Ein zuverlässiger und ehrlicher Ratgeber

**Einer der dienstältesten Geschäftsführer der CDU, Ferdinand Fleischer, ist auf dem letzten Kreisparteitag der CDU Osnabrück-Land offiziell in den Ruhestand verabschiedet worden.**

Dabei folgten alle 250 Delegierten des Kreisparteitages einstimmig der Empfehlung ihres Kreisvorsitzenden und Europaabgeordneten Hans-Gert Pöttering, Ferdi Fleischer zum Ehrengeschäftsführer zu ernennen mit dem Recht, auf Lebenszeit dem Kreisvorstand als Gast mit beratender Stimme anzugehören: eine in der CDU bisher nicht vorgenommene Ehrung.

Ferdi Fleischer, der seit vielen Jahren die Geschäftsführung des CDU-Kreisverbandes Osnabrück-Land leitete, begann seine Auf-

gabe 1969 zunächst als Geschäftsführer der CDU-Kreisverbände Melle, Wittlage und Grafschaft Diepholz, bevor er 1972 zum Geschäftsführer des wegen der Gebietsreform neu gegründeten CDU-Kreisverbandes im Großkreis Osnabrück avancierte.

Unter seiner Leitung entwickelte sich die CDU-Geschäftsstelle in Osnabrück zu einem modernen Dienstleistungsbetrieb, der allen Anforderungen qualifizierter Verbandsarbeit gerecht wird. Hans-Gert Pöttering bezeichnete ihn in seiner Laudatio als eine Institution innerhalb der Landkreis-CDU, um die er sich verdient gemacht habe. Er habe wesentlich dazu beigetragen, daß die CDU sowohl politisch als auch organisatorisch und finanziell stets glänzend dagestanden habe. ■

## Heinrich Barth hat sich um den Rechtsfrieden in der CDU verdient gemacht



**Heinrich Barth:**  
Seit über 32 Jahren Vorsitzender des Bundesparteigerichts

*Infolge der Neuwahl des Bundesparteigerichts der CDU für die Zeit vom 7. November 1996 bis 6. November 2000 scheidet Herr Staatssekretär a. D. Dr. Dr. h. c. **Heinrich Barth** (Bonn) sowie Herr Präsident des Staatsge-*

*richtshofs Baden-Württemberg und Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofs Mannheim **Lothar Freund** aus dem Bundesparteigericht aus. Beiden Herren möchte ich für ihre bisherige Mitarbeit herzlich danken.*

### Seit der Gründung dabei

*Ein besonderes Wort unserer Hochachtung und Anerkennung möchte ich namens des Bundesparteitages an Sie, sehr verehrter Herr Dr. Barth, richten. Sie gehören unserem Bundesparteigericht seit dessen Gründung im Jahre 1960 ununterbrochen als ordentliches Mitglied an und wurden auf dem 12. Bundesparteitag hier in*

*Hannover 1964 zum ersten Mal zum Vorsitzenden des Bundesparteigerichts gewählt.*

### Mehr als 200 Verfahren

*Getragen vom Vertrauen unserer Partei wurden Sie seitdem alle vier Jahre als Vorsitzender wiedergewählt und üben nunmehr dieses Amt neben einer sehr eindrucksvollen beruflichen staatlichen Laufbahn ununterbrochen seit über 32 Jahren aus. Unter Ihrem Vorsitz hat sich das Bundesparteigericht mit mehr als 200 Parteigerichtsverfahren befassen müssen, besonders in der Zeit seit Erlaß des Parteiengesetzes im Jahre 1967.*

*Durch Ihre höchst sachkundige und auch politisch sehr einfühlsame Arbeit haben Sie sich um den Rechtsfrieden innerhalb der CDU Deutschlands sehr verdient gemacht. Für die kommenden Jahre gelten Ihnen unsere besten Wünsche.*

**Der amtierende Parteitagpräsident Helmut Linsen zu TOP 18 „Wahl des Bundesparteigerichts der CDU“ auf dem 8. Parteitag in Hannover**

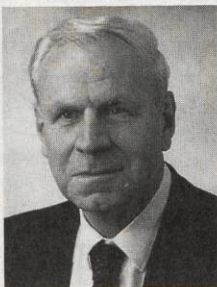
**Wichtige Stationen seiner beruflichen Laufbahn:** Studium in Heidelberg, Göttingen, Genf und Dallas (USA) – Bevollmächtigter der Freien Hansestadt Bremen beim Bund – Persönlicher Referent von Bundeskanzler Konrad Adenauer und Leiter des Planungsbüros im Bundeskanzleramt – Staatssekretär des Bundesministeriums für Familie und Jugend unter Bruno Heck und Aenne Brauksiepe – Leiter des Instituts für Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung.



## Konstituierung in Bonn

Das Bundesparteigericht der CDU, das am 21. Oktober auf dem 8. Parteitag in Hannover gewählt worden ist, hat sich am 10. Dezember im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn konstituiert und seine erste gemeinsame Sitzung gehabt.

Generalsekretär Peter Hintze begrüßte die alten und neuen Mitglieder des Gremiums, indem er deren wichtige Arbeit für den Rechtsfrieden in der Partei hervorhob, für die bisherige erfolgreiche Arbeit sehr herzlich dankte und auch für die nächsten vier Jahre Erfolg wünschte.



**Dr. Eberhard Kuthning**

Mit der Wahl von Dr. Eberhard Kuthning zum neuen Vorsitzenden des Bundesparteigerichts bleibe die Kontinuität der Arbeit gewahrt. Seit 1976 Mitglied des Parteigerichts, habe er dessen Arbeit u.a. als

Stellvertretender Vorsitzender maßgeblich mitgestaltet. Peter Hintze: Eine gute Wahl.

Dank und Anerkennung – auch im Namen des Parteivorsitzenden und des Parteipräsidents – sagte der Generalsekretär dem ausscheidenden Vorsitzenden, Dr. Heinrich Barth, der seit dem ersten Tag des Bundesparteigerichts 1960 dessen Mitglied und seit 1964 ununterbrochen dessen Vorsitzender war. Peter Hintze: Heinrich Barth hat sich um den Rechtsfrieden in der CDU verdient gemacht.

Daß in Hannover erstmalig gleich zwei Frauen zusätzlich in das Bundesparteigericht gewählt worden sind, hob der Generalsekretär ganz besonders hervor. Mit den beiden neuen Mitgliedern, Frau Petra Kansy und Frau Barbara Saß-Viehweger, gehören neben Frau Dr. Heidi Lambert-Lang und Frau Dr. Pia Rumler-Detzel gleich vier Frauen dem Bundesparteigericht an.

Peter Hintze: Das Bundesparteigericht geht mit gutem Beispiel voran und erfüllt das Frauenquorum, wie wir es auf dem Parteitag in Hannover gemeinsam beschlossen haben.

## Die Mitglieder des Bundesparteigerichts der CDU

### ● Ordentliche Mitglieder:

Dr. **Eberhard Kuthning** (neuer Vorsitzender), Präsident des Oberlandesgerichts Schleswig a. D.

Dipl.-Jurist, Dipl.-Ing. **Bernhard Hellner**, Regierungsdirektor im Landesverwaltungsamt Thüringen

Dr. **Heidi Lambert-Lang**, Richterin am Bundesgerichtshof

Dr. **Pia Rumler-Detzel**, Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht Köln

**Friedrich W. Siebeke**, Rechtsanwalt am Oberlandesgericht Düsseldorf

### ● Stellvertretende Mitglieder:

Dr. **Friedrich-August Bonde**, Präsident des Landgerichts Kiel  
**Petra Kansy**, Rechtsanwältin (Bad Honnef)

**Helmut Rehborn**, Oberstaatsanwalt a. D. (Dortmund)

**Barbara Saß-Viehweger**, Rechtsanwältin und Notarin (Berlin)

**Carl L. Sträter**, Richter am Bundesverwaltungsgericht a. D. (Bonn)

Dipl.-Jurist **Frank Strohscher**, Richter am Kreisgericht Gera

Dr. **Günter Wiechens**, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgerichtshof Hessen i. R. (Kassel)

## Es stellt sich die Frage nach der Zukunft unserer Gesellschaft

Über die Situation der Familien und die Notwendigkeit eines gerechten Familienlastenausgleichs hat eine Arbeitsgruppe des CDU-Kreisverbands Cloppenburg umfangreiche Erhebungen angestellt. Das Ergebnis wurde von der Landespartei verabschiedet und in einer Broschüre veröffentlicht.

Danach befindet sich die Familie in einem Wandlungsprozeß, und es stellt sich die Frage, wie diese Keimzelle der Gesellschaft in Zukunft behandelt werden soll. Es stellt sich damit auch zugleich die Frage nach der Zukunft unserer Gesellschaft und ihrer sozialwirtschaftlichen Ordnung.

### Er soll diskutiert werden

Die Feststellungen und Forderungen der Broschüre sollen zu einer weiterführenden Diskussion beitragen. Aus diesem Grund hat der Landesverband Oldenburg sie an alle Landes-, Bezirks- und Kreisverbände

der CDU in Deutschland, aber auch an die evangelischen und katholischen Kirchen und deren Verbände verschickt.

Landesvorsitzender Manfred Carstens wünscht sich einen regen Meinungsaustausch über die in dem Positionspapier angesprochenen Themen und konstruktive Anmerkungen.

Exemplare der Broschüre „Ohne Familie keine Zukunft“ können in der Landesgeschäftsstelle in **26122 Oldenburg, Rosenstraße 41** bestellt werden.

**Telefon: 04 41 / 926 926**

**Telefax: 04 41 / 17 903.**

*Ohne  
Familie  
keine  
Zukunft*

**CDU**  
Landesverband Oldenburg

## Jürgen Rüttgers will besseren Mathe-Unterricht

**Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers hat einen besseren Mathematik-Unterricht an Deutschlands Schulen gefordert. Damit reagierte Rüttgers auf die jüngste OECD-Bildungsstudie, die deutschen Schülern im internationalen Vergleich in Mathematik ein Mangelhaft bescheinigt.**

Es nutze nichts, wenn man sich nur um Selbstverwirklichung und Spaß in der Schule kümmerge, sagte Rüttgers. „Schule soll Spaß machen, aber sie muß junge Menschen befähigen, daß sie im Leben klarkommen.“

Der Bildungsminister forderte eine umfassende Bildungsreform. Die Schüler müßten „das Lernen lernen“. In einer Welt, deren Wissen sich alle fünf Jahre verdopple, solle der Unterricht „Schlüsselqualifikationen statt Detailwissen“ vermitteln.

Der Minister kritisierte darüber hinaus, daß in Deutschland die Lehrerschaft zu alt sei. Die Studie habe gezeigt, daß 70 Prozent der Lehrer in der Bundesrepublik älter als 40 Jahre sind. „Das kann so nicht bleiben.“

# Aktion „Politik im Kreuzfeuer der Jugend“ war ein großer Erfolg

Zum 8. Parteitag der CDU in Hannover wurde die neue Broschüre „Zukunft beginnt heute – Politik für junge Menschen“ vorgestellt. In ihr äußern sich führende Politikerinnen und Politiker der CDU zu Themen, die junge Leute besonders betreffen: Bildung und Ausbildung, Beteiligung von Jugendlichen an politischen Entscheidungen, Umwelt und das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern.

Mit zu dieser Aktion gehört ein neues Diskussionsforum unter dem Titel „Politik im Kreuzfeuer der Jugend“, das Mitte November im Internet-Angebot der CDU startete. Hier kann nicht nur der Inhalt der Broschüre abgerufen werden, es bietet auch die Möglichkeit, über alle politischen Themen, die junge Menschen interessieren, direkt mit der CDU zu diskutieren. Besonderheit dieser Aktion ist, daß die Autoren der Broschüre mitdiskutieren!

## Große Akzeptanz für das Internet-Angebot der CDU

Mit diesem speziellen Angebot, zu wichtigen Politikfragen direkt online mit prominenten CDU-Politikern zu diskutieren, trifft das Internet-Angebot der CDU auf hohe Akzeptanz. Höhepunkte waren bisher: Am 21. November surfte Generalsekretär Peter Hintze durchs Internet, am 4. Dezember folgte ihm Bundesjugendministerin Claudia Nolte. Ihr machte es so viel Spaß, daß sie sogar zwei Stunden blieb, eine Stunde länger als geplant. Doch damit ist erst ein Anfang gemacht. Weitere Termine stehen schon heute fest: Am 9. Januar 1997 kommt Herbert Reul, Generalsekretär der nordrhein-westfälischen CDU, am 4. Februar 1997 wird Bundesumweltministerin Angela Merkel und am

**Zukunft  
beginnt heute**

**Politik für junge Menschen**

**CDU**

### ● Zukunft beginnt heute – Politik für junge Menschen

Bestell-Nr.: 5215

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 32,00 DM

24. Februar 1997 Bundesinnenminister Manfred Kanther Diskussionspartner aufseiten der CDU im weltumspannenden Internet sein. Die Themen sind genau so bunt gemischt wie die ...

... **Nutzer:** Von Jugendkriminalität über Studienreform bis zur einfachen Begrüßung ist fast alles dabei.

**Also:** Schwer was los im Internet-Angebot der CDU! Surfen Sie mit. ■

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
53014 BONN

## Ludwig Erhard • Vater der Sozialen Marktwirtschaft • \*4. Februar 1897

»Wir, unsere Christlich Demokratische Union, sind es gewesen, die in einer fast ausweg- und hoffnungslosen Situation den Mut zur Verantwortung aufgebracht und dem deutschen Volk die Existenzgrundlage zurückgegeben haben.«

(Ludwig Erhard auf dem 1. Parteitag der CDU, 22. 10. 1950 in Goslar)

# Kontinuität einer erfolgreichen Politik



# CDU

Das ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

# UiD

40/1996

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 5440, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. Vertrieb: Tel. (0228) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: **VA** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.